

## Millionenloch zwingt in Nothaushalt

2012 fehlen im städtischen Haushalt 9,8 Millionen Euro/

Sparen und Gesundschumpfen die Devise im Stadtrat

Von Ralf Engel

### HEMER.

Die Stadt schlittert in den Nothaushalt, bis 2018 droht die Überschuldung. Schlechte Nachrichten bestimmten gestern Abend die Ratssitzung, bei der die Einbringung des Haushaltsplans im Mittelpunkt stand.

Die neuen Millionendefizite hatten sich schon im November abgezeichnet, jetzt gibt es die Hiobsbotschaft Rot auf Weiß. Der Haushaltsplanentwurf für 2012 weist Einnahmen von 71,6 Millionen Euro auf, bei Ausgaben von 81,4 Millionen, es fehlen 9,8 Millionen Euro. Das sind 1,8 Millionen mehr als im Haushaltssicherungskonzept veranschlagt, und das trotz bereits erfolgter Einsparungen und Steuererhöhungen.

Ursachen sind 800 000 Euro an Mehrausgaben im Jugendamt für hilfebedürftige Kinder, ein Plus von 360 000 Euro für

das beitragsfreie letzte Kindergarten und U3-Betreuung und rund 600 000 Euro Mehrausgaben für Pensionsrückstellungen. 3,1 Millionen Euro an wünschenswerten und teilweise dringenden Investitionen wie Straßenerneuerungen oder Brückensanierungen sind gar nicht eingerechnet. Durch Kredite dürfen sie ohnehin nicht finanziert werden. Allein die gesamten städtischen Sozialausgaben einschließlich der in der Kreisumlage enthaltenen Sozialkosten verschlingen mit 25 Millionen Euro 68 Prozent der Bruttosteuereinnahmen.

Dramatischer als die Zusatzkosten 2012 ist jedoch das prognostizierte Minus von 4,8 Millionen im Jahre 2014. Das bisherige Haushaltssicherungskonzept sah in jenem Jahr ein kleines Plus vor. Da dieses nicht erreicht werden kann, kommt Hemer in den sogenannten Nothaushalt. Auch für die Folgejahre ist keine Besserung in Sicht. Spätes-

tens 2018 droht Hemer die Überschuldung!

Deutliche Kritik an der andauernden Unterfinanzierung der Kommunen übten Stadtkämmerer Werner Dodt und Bürgermeister Michael Esken in ihren Haushaltsreden. „Es gibt für uns keine Alternative zum Sparen und Gesundschumpfen“, erwartet Werner Dodt keine Hilfe von außen. Die Stadt müsse ihre Ausgaben reduzieren und ihre Einnahmen deutlich erhöhen, um eine strukturelle Verbesserung von vier Millionen Euro pro Jahr zu erreichen. Nicht zu vergessen sind die aufgelaufenen Kassenkredite von 35 Millionen.

Für das ambitionierte Haushaltssicherungskonzept hätte der Rat eigentlich ein Fleißkärtchen verdient gehabt, doch durch die Umverteilung der Aufgaben und Kosten von oben nach unten und der Fördermittel in Richtung Ruhrgebiet müssten die Kommunen finanziell ausbluten, betonte

Bürgermeister Esken. Die Fehler seien nicht in Hemer gemacht worden, sondern lägen in der allgemeinen kommunalen Finanzierung. Vielleicht bedürfe es ja einer echten kommunalen Pleite einer Stadt mit Zahlungsunfähigkeit, damit Bund und Land endlich helfen würden.

Depression oder Miesmacherei seien dennoch nicht angesagt. „Fakt ist, dass Einschnitte kommen werden“, sagte Michael Esken. Hoffnungsvoll sei er, dass es auch unter Beibehaltung von Bücherei, Hallenbad und Musikschule gelinge, die prekäre Finanzsituation zu meistern. Aufgaben für 2012 seien der Mensabau für die Gesamtschule, das Hallenbad und die Auswirkung der demografischen Entwicklung auf die Grundschulen.

Nach der Einbringung des Haushalts werden die Ausschüsse bis März über weitere Kürzungen und neue Ausgaben beraten.

03.02.2012

Tierlohrer Kreisanzeiger und Zeitung

## Strenge Regeln für „Gas-Fracking“ geplant

BERLIN ■ Für die umstrittene Förderung von Gas aus tiefen Gesteinsschichten soll es in Deutschland strenge Regeln geben. Das geht aus einem Gesetzentwurf von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hervor, wie eine Zeitung be-

richtete. Demnach soll es stets eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung geben, „wenn die Gewinnung von Erdgas und Erdöl mittels Einsatzes der sogenannten Fracking-Methode bei unkonventionellen Lagerstätten erfolgen

soll und zugleich ein Einsatz von wassergefährdenden Stoffen (...) vorgesehen ist“. Diese Regelung solle einen Anreiz darstellen, auf die genannten Stoffe zu verzichten, heißt es im Gesetzentwurf. In Trinkwassergebieten soll die Gasbohrung

generell verboten werden. Das Bundesumweltministerium bestätigte gestern, dass es einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt habe. „Der Gesetzentwurf ist in der Ressortabstimmung“, sagte ein Sprecher. ■ dpa

03.02.2012

Lüdenscheider Nachrichten

# Eine Straße wird zur Sensation

## Aktion autofreies Volmetal: Heimische Vereine umspielen die Strecke

**HALVER** - 40 Straßen werden gesperrt, die B54 leer geräumt, Zelte aufgebaut, private Sicherheitsdienste engagiert und überall gibt es Musik und Aktionen: Am 24. Juni wird die B54 von 10 bis 18 Uhr zwischen Oberbrügge und Meinerzhagen autofrei. Dort wo sich sonst LKW und Autos durch das Volmetal schlängeln wandern, radeln und skaten dann Besucher aus der Region. Umrahmt wird die Strecke von zahlreichen Aktionen. Am Mittwochabend trafen sich 43 Vertreter heimischer Vereine und Institutionen im Bürgerhaus, um sich zu informieren und Ideen zu sammeln.

Insgesamt werden elf Kilometer der Volmestraße gesperrt. Los geht es hinter der Abzweigung Heerstraße. Trotz aller Aktionen, die am Straßenrand geplant sind, soll die Hauptattraktion die Strecke sein. „Die Menschen sollen die B 54 unter die Füße neh-

men“, erklärte Frank Adler, vom Regionale-Team des Märkischen Kreises. Daher dürfe auch nichts auf der Fahrbahn stattfinden, vielmehr solle die Strecke umspielt werden. In welcher Form bleibe jedoch den einzelnen Akteuren überlassen.

An Ideen mangelte es nicht: Roland Pfeiffer, Besitzer des Wasserkraftwerkes „Ohler Hammer“, stellte gleich mehrere Ideen vor. Neben der Öffnung seines Werkes werde Netz e.V. regenerative Energien vorstellen. Der BUND, der seine Hauptattraktion eigentlich in Kierspe-Bollwerk geplant hat, will sich auch am Wasserwerk präsentieren. Zudem soll es Kunst, in welcher Form ist noch nicht klar, zu sehen geben.

Pfeiffer erklärte auch, dass das Gelände rund um das Haus Rhade eingebunden

werden soll. Hier ist beispielsweise ein großer, städteübergreifender Gottesdienst mit zahlreichen Chören geplant, zudem werde der Heimatverein in der angrenzenden Mühle Brot backen.

Der TuS Oberbrügge will sportliche Aktivitäten anbieten, ebenso der TuS Halver. Wenn möglich wollen die Sportvereine den Aldi-Parkplatz nutzen. Dies müsse allerdings noch mit dem Eigentümer besprochen werden. Das Aktionsbündnis Märkische Eisenbahn baut ihren Stand am Bahnhof auf, sie wollen auch ein Schientaxi in Betrieb nehmen.

Problematisch sei ein Shuttlebetrieb, der die Besucher von Oberbrügge zum Start am Meinerzhagener Lidl, beziehungsweise zurück transportiert. Adler versprach jedoch eine Lösung zu suchen.

So sollen Gespräche mit der MVG, den Bürgerbusvereinen und privaten Transportunternehmen geführt werden.

Fragen und Anmeldungen nimmt Reinhard Neuhaus von der Stadt Halver telefonisch unter der Rufnummer 0 23 53 /7 31 40 oder per Mail an r.neuhaus@halver.de entgegen. Interessierte sollten sich bis zum 2. März mit der Stadt in Verbindung setzen. Von Vorteil wäre es, wenn bereits genauere Planungen über den benötigten Platz vorgelegt würden. Weitere Unterlagen erhalten die Vertreter von Vereinen und Institutionen in den kommenden Tagen per Mail.

Das nächste Vorbereitungstreffen für die konkretere Planung findet am 13. März ab 19.30 Uhr im Bürgerhaus Oberbrügge statt. ■ Im

03.02.2012

Allgemeiner Anzeiger

## „Die Volme kann die Sonne sehen“

### Renaturierungsmaßnahme in Höhe der Brücke

**MEINERZHAGEN** - Im Januar wurde das erste Projekt aus dem Umsetzungsfahrplan zur Renaturierung der Volme im Stadtgebiet Meinerzhagen umgesetzt. Es handelt sich um die „Maßnahme Nummer zwei“, Offenlegung der Volme im Bereich der ehemaligen Wassergewinnung des einstigen Warnamtes unterhalb der Eisenbahnbrücke. Federführend hierfür war der Verein Volme-Natur in Kooperation mit dem Wald- und umweltpädagogischen Zentrums Heed.

Mit Unterstützung durch den Märkischen Kreis wur-

den die alten, teilweise eingebrochenen, Ton- und Kunststoffrohre entfernt und damit die Volme an einem wichtigen Punkt freigelegt. Die Böschungen wurden angeschrägt, der Bachlauf profiliert und Wasserbausteine eingebracht. Im Frühjahr sollen die neu entstandenen Böschungen mit Ufergehölzen bepflanzt werden. Ufergehölze sind den Bach begleitende Bäume und Sträucher, die eine dichte Hecke bilden und somit Lebensraum für viele Insekten und Vögel bieten.

Der Leiter des Wald und umweltpädagogischen Zen-

trums, Matthias Kretschmer, sagte dazu: „Als im Oktober 2010 im Ratssaal der Umsetzungsfahrplan zur Renaturierung der Volme durch den Märkischen Kreis vorgestellt wurde, war für uns klar: Da machen wir mit. Und nun freuen wir uns darüber, die erste Maßnahme im Stadtgebiet erfolgreich abgeschlossen zu haben. Wer jetzt zur freigelegten Volme geht, kann es hören: Die Volme plätschert fröhlich durch das neue Bachbett, sie hat es geschafft, wieder die Sonne zu sehen und nicht mehr durch dunkle Rohre zu fließen. Wir werden uns nun umsehen, ob wir noch eine Maßnahme in Angriff nehmen können. Immerhin sind ja noch 87 Maßnahmen an Volme, Lister und Ihne übrig, davon alleine 21 Maßnahmen an der Volme im Stadtgebiet. Wir suchen dafür auch noch freiwillige

Helfer für Pflanzaktionen an der Volme. Es geht auch nicht ohne Geld, daher brauchen wir Sponsoren für die Uferbepflanzung und erforderliche Bauarbeiten. Zur weiteren Begleitung unserer Volme auf dem Weg zu einem lebendigen Gewässer in unserer Stadt suchen wir auch Paten. Pate kann jeder werden, Familie, Freundeskreis, Schulen oder Betriebe. Machen Sie mit, es lohnt sich, für uns in Meinerzhagen!“

Die Aktion „Ein Kreis packt aus“ ist ein Projekt des Märkischen Kreises im Rahmen der Regionale 2013, bei dem es um die „Entfesselung von Gewässern“ geht. Flüsse und Bäche, die jahrzehntelang in Betonbetten gezwängt und zum Teil gänzlich überbaut wurden, sollen renaturiert werden.

03.02.2012

Meinerzhagener Zeitung



## Wehrleute verschaffen sich Gehör

Ministerpräsidentin hört Altenaern gut zu

ALTENA • Mehr als 600 Feuerwehrleute kamen zur ersten

landesweiten Feuerwehrkonferenz in den Plenarsaal des nordrhein-westfälischen Landtags, zu der die SPD-Fraktion gemeinsam mit der ver.di Fachgruppe Feuerwehr NRW eingeladen hatte. Darunter auch zahlreiche „Blauröcke“ aus der Burgstadt. Auf Vermittlung des SPD-Landtagsabgeordneten Michael Scheffler suchten sie das Gespräch mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Lan-

desinnenminister Ralf Jäger. Gesprächsthemen waren der Beförderungsstopp, die Unfallversorgung oder die Sonderlaufbahn für Berufsfeuerwehrleute. Den Altenaer Teilnehmern ging es unter anderem um den anstehenden Feuerwehrführerschein und die Stärkung des Ehrenamtes im allgemeinen. Scheffler: „Die Ankündigung der SPD im Landtag, nun endlich für eine flächendeckende Versor-

gung mit Rauchmeldern in den Wohnungen zu sorgen, betrifft alle Feuerwehrleute und wurde auch von allen ausdrücklich begrüßt.“ Die Feuerwehrkonferenz sei der Start für einen intensiven Dialog gewesen. Dazu wird der Abgeordnete in Kürze auf der Wache persönlich vorbeischauen.

### Altenaer Kreisblatt

## Noten in dritter Klasse freiwillig

NRW überlässt Schulen Zeugnis-Entscheidung

DÜSSELDORF. (ts) In den rund 3100 Grundschulen in NRW sind Ziffernoten bis einschließlich der dritten Klasse künftig nicht mehr zwingend erforderlich. Jede Schulkonferenz kann wieder für sich entscheiden, ob im Versetzungs-

zeugnis am Ende der zweiten Klasse und in beiden Zeugnissen der Klasse 3 auf Noten verzichtet wird und ein Bericht als Leistungsbeschreibung ausreicht. Das beschloss gestern der Schulausschuss des Landtags mit den Stimmen

von SPD, Grünen und Linken.

Die schwarz-gelbe Vorgänger-Regierung hatte 2006 die Ziffernoten-Pflicht mit Ende des zweiten Schuljahres eingeführt. Schulministerin Löhrmann (Grüne) begrüßte die Änderung. Damit könnten Schulen auf freiwilliger Basis „über Jahre bewährte pädagogische Konzepte zur Leistungsbewertung ohne Noten einsetzen“. Sie stützt sich auf Erkenntnisse aus einem Schulversuch der alten Regierung.

Die Schulen können die Neuregelung schon im Som-

mer zum Schuljahresende umsetzen. Für SPD-Fraktionsvize Hendricks führt der Verzicht auf Noten „nicht zu Lerndefiziten, sondern zu mehr Motivation und zu einer guten Schulentwicklung“. Die FDP-Bildungsexpertin Pieter-von Heiden befürchtet dagegen einen „Flickenteppich“ beim Leistungsvergleich. Ohne Notengebung bis Klasse 4 könne es ein „spätes Erwachen über den Leistungsstand der Kinder geben“.

## Noten sagen nichts über Entwicklung

Verzicht auf Ziffernoten wird zumeist begrüßt

Von Birgitta Stauber-Klein und Sibylle Raudies

HAGEN.

Es sind eigentlich nur die Gymnasiallehrer, vertreten durch den Philologenverband, die mit Vehemenz gegen die Liberalisierung der Notenvergabe an den Grundschulen wettern.

Ansonsten ist kaum Kritik zu hören zur neuen Möglichkeit, auf Noten in der zweiten und dritten Klasse verzichten zu dürfen. Grundschullehrer, Experten, Verbänden und wohl auch viele Eltern sind sogar froh. Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in NRW, lobt die Stärkung der Eigenverantwortung an den Schulen. „Noten können keine Auskunft über Lernfortschritte geben“. Auch eine

Zwei auf dem Zeugnis sei kein Garant dafür, dass alles glatt laufe: „Warum die Leistung gut, aber nicht sehr gut ist, wird nicht erklärt“.

Rixa Borns, Grundschulexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hat sehnsüchtig auf die Neuregelung gewartet.

„Als 2006 die verbindliche Notengebung ab Klasse 2 eingeführt wurde, war das Unverständnis der Lehrerschaft groß“, sagt die Leiterin einer Grundschule in Münster. „Die Lehrerinnen befürchteten, dass der Druck auf die Kinder noch früher einsetzt. Und tatsächlich fragen Eltern heute mitunter schon in der ersten Klasse, welche Note ich denn dem Kind geben würde“.

Freiarbeit, individuelle Förderung, jahrgangsübergreifende Projekte: Seit einigen Jah-

02.02.2012

ren wird der klassische Frontalunterricht zunehmend von neuen Unterrichtsmethoden abgelöst. Udo Beckmann: „Der Unterricht wird immer individueller“, sagt er. „Da brauchen Lehrer mehr als Noten, um Eltern eine qualifizierte Rückmeldung zu geben“. Vor allem aber müssten Eltern mit ins Boot genommen werden, das gehöre zum guten, motivierenden Zeugnis dazu.

Beckmann räumt allerdings ein, dass der Bruch zur vierten Klasse, in der dann Ziffernoten endgültig zur Pflicht werden, hart werden kann – wenn die ersten Noten mit der Empfehlung für die weiterführenden Schule einher gehen. Im Prinzip hält er es daher für sinnvoll, in den Grundschulen durchgehend auf ausformulierte Beurteilungen und Elterngespräche zu setzen.

Dass Berichtszeugnisse bei der individuellen Beurteilung besser sind, bestätigt der Schulforscher Wilfried Bos.

### ZUR SACHE

Die Abschaffung der **Notenpflicht** in der 2. und 3. Klasse ist nicht die erste Rolle rückwärts der rot-grünen Koalition zu Schulbeschlüssen der Vorgängerregierung. Sie stellte den Städten frei, wieder Grundschulbezirke einzurich-

ten und entsprechend zuzuweisen. Die Kopfnoten wurden wieder abgeschafft. Und in den Schulkonferenzen wurde die Dreiteilparität wieder eingeführt, die die Mitspracherechte von Eltern und Schülern stärkt.

WESTFALENPOST

Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

„Gut ausformulierte Zeugnisse können genauer individuelle Lernfortschritte dokumentieren“, sagt der Professor und Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund. Entscheidend für die Qualität der formulierten Zeugnisse sei die Motivation der Lehrer und ihr Konzept. Gut sei, dass die Schulkonferenz über die Art der Zeugnisse entscheiden könne. Peter Silbernagel, Chef des Philologenverbandes NRW, sieht damit das Tor weiter aufgestoßen „in Richtung Beliebigkeit der Qualifikationsstandards“.

Die Elternschaft ist geteilter Meinung. „Die Eltern sind gespalten“, sagt Monika Landgraf, Sprecherin der Dortmunder Grundschullehrer. „Die Hälfte möchte auf jeden Fall Noten, um die Leistung beziffern zu können, die andere Hälfte ist der Meinung, dass eine Note nichts aussagt“.

03.02.2012

WESTFALENPOST

Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten



# Diskussion über Schulnoten-Verzicht

Grundschulen entscheiden in Schulkonferenzen

Matthias Alfringhaus

**Werdohl.** Auf die Werdohler Grundschulen kommt die Frage zu, ob es ab 2012/13 Noten im dritten Schuljahr geben soll oder nicht. Zurzeit werden die Drittklässler benotet.

Hintergrund für die jetzt beginnende Diskussion ist ein Beschluss des NRW-Schulsausschusses vom Mittwoch, nach dem Noten im dritten Schuljahr nicht mehr zwingend gegeben werden müssen. An Stelle der Noten kann auch ein Bericht als Leistungsbeschreibung erstellt werden.

Der Beschluss sieht vor, dass jede Schulkonferenz frei entscheiden kann, ob im Versetzungszeugnis der 2. Klasse und in beiden Zeug-

nissen der 3. Klasse auf Schulnoten verzichtet werden kann. 2006 hatte die damalige CDU/FDP-Landesregierung wieder eine Pflicht für Noten ab Ende des zweiten Schuljahres eingeführt. Vorher galt die jetzt wieder favorisierte Regelung.

An der städtischen Gemeinschaftsgrundschule (Königsburg/Kleinhammer) möchte Schulleiterin Sibylle Böddecker zunächst die Schulpflegschaft informieren. Anschließend soll auf einer Schulkonferenz ein Beschluss fallen.

Sibylle Böddecker: „Ich persönlich bevorzuge die beschreibende Beurteilung an Stelle einer Schulnote. So kann man die Leistungen der Kinder besser beschreiben. Später im Leben erfahren die

Kinder ja auch, dass ihre Leistungen bei Arbeitszeugnissen mit Worten beschrieben werden.“

In Altena, wo Böddecker tätig war, bevor sie die Schulleitung für Königsburg/Kleinhammer übernahm, hat sie in einem Schuljahr die Möglichkeit genutzt, die Kinder mit kurzen Berichten statt mit Noten zu bewerten. Ihr Fazit: „Die Eltern waren begeistert.“

An der evangelischen Grundschule möchte Schulleiterin Britta Schwarze die sich abzeichnende neue Gesetzeslage zunächst im Kollegium besprechen. Anschließend wird auch hier die Schulkonferenz einen Beschluss fassen.

Britta Schwarze hat als Lehrerin einer Grundschule in Büren bei Paderborn erlebt, dass die Schulnoten trotz möglicher Alternativen beibehalten wurden. Sie sagt: „Es ist immer wichtig, einen beschreibenden Text den Eltern auch verständlich

zu machen, werden im 3. Schuljahr keine Noten gegeben, ist die erste Note eines Grundschülers die im Halbjahreszeugnis im 4. Schuljahr. Da fällt dann schon die Entscheidung für die weiterführende Schule.“

## Nicht ersatzlos streichen

An der katholischen Grundschule legt Schulleiterin Christel Kringe ebenfalls großen Wert auf die Meinung des Kollegiums und der Eltern, bevor ein Beschluss in der Schulkonferenz fällt. Sie sagt: „Die Noten dürfen auf keinen Fall ersatzlos gestrichen werden.“ Allerdings seien gerade Noten am Ende des zweiten Schuljahres sicher eine „pädagogische Herausforderung“. Zu diesem Zeitpunkt sei es schwierig, die Lernentwicklung der Kinder in Schulnoten auszudrücken.

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Altena, Nachrodt-Wildenowerde und das Lennetal

# Kaufmännische Bildungsgänge

Infotage in Ostendorf und Altena

**MÄRKISCHER KREIS** ■ Schüler allgemeinbildender Schulen sind zusammen mit ihren Eltern für Samstag, 11. Februar von 10.30 bis 13 Uhr nach Altena und am Samstag, 18. Februar, von 10.30 Uhr bis 13 Uhr nach Halver-Ostendorf eingeladen. „Wir möchten Ihnen die unterschiedlichen Angebote und Abschlüsse im kaufmännischen Bereich vorstellen und bieten eine indivi-

duelle Schullaufbahnberatung an“, wirbt Beratungslehrerin Svenja Langendorf.

Die Beratungstage beginnen jeweils um 10.30 Uhr mit Zentralveranstaltungen zu den verschiedenen Bildungsgängen. Im Anschluss wird den Schulabgängern in individuellen Beratungsgesprächen geholfen, den für sie richtigen Weg in den verzweigten Feldern der kauf-

03.02.2012 männlichen Bildungsgänge einzuschlagen. „Hier erhalten die Schüler und Eltern qualifizierte Auskünfte über die verschiedenen Unterrichtsinhalte, die Eingangsvoraussetzungen und die Abschlüsse in den jeweiligen Bildungsgängen.“

Die Anmeldung sollte in dem Zeitraum vom Tag der Zeugnisausgabe am 11. Februar bis einschließlich 9. März per Internet erfolgen: [www.schueleranmeldung.de](http://www.schueleranmeldung.de) bietet die Möglichkeit, sich direkt online anzumelden. Dort wird nach Eingabe des Namens sowie des Geburtsdatums ein individuelles Passwort vergeben, das den Zugang zu den persönlichen Da-

ten ermöglicht. Der gewünschte Bildungsabschluss wird ausgewählt und das Anmeldeformular führt automatisch zu den passenden Berufskollegs. Es wird angezeigt, welche Dokumente im Einzelfall einzureichen sind. „Das Anmeldeformular wird ausgedruckt, unterschrieben und mit den erforderlichen Unterlagen beim Berufskolleg eingereicht. Bei Problemen wird vor Ort Hilfestellung geleistet.“

Weitere Informationen zu den einzelnen Bildungsgängen sowie über die Schule können dem Internet unter der Adresse [www.esbk.de](http://www.esbk.de) entnommen werden.

03.02.2012

## Lüdenscheider Nachrichten

sondern auch für sogenannte Seiteneinsteiger interessant. Hierunter fallen zum Beispiel Bewerberinnen und Bewerber, die zunächst nur über die Erste Staatsprüfung für ein Lehramt oder die über anderweitige Qualifikationen (Gymnastiklehrerinnen und -lehrer, Religionspädagoginnen und -pädagogen) verfügen.

03.02.2012

Lüdenscheider Nachrichten

## 13 neue Vertretungslehrer

**MÄRKISCHER KREIS** ■ Zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres war das Schulamt für den Märkischen Kreis wieder zur Unterstützung der heimischen Grundschulen tätig. Zur Abdeckung von vorübergehenden Ausfällen – beispielsweise durch Elternzeiten oder Mutterschutzfristen – wurden Anfang dieses Mo-

nats 13 neue Vertretungslehrkräfte eingestellt.

Die 13 Lehrerstellen verteilen sich auf die Städte und Gemeinden wie folgt: Helmscheid eine Stelle, Iserlohn zwei, Kieser zwei, Meinerzhagen eine, Menden zwei, Neuenrade eine, Plettenberg drei und Werdohl eine. Darüber hinaus wurden die Verträge von 40 Lehrerinnen und Lehrern, die mit Ablauf des 31. Januar ausgelaufen waren, über diesen Termin hinaus

verlängert.

Wie der Kreis mitteilt, werden im Laufe des kommenden Schulhalbjahres voraussichtlich weitere Vertretungsstellen zu besetzen sein. Diese werden dann im Internet unter [www.verena.nrw.de](http://www.verena.nrw.de) ausgeschrieben. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber können sich dort informieren.

Die Stellen sind nicht immer nur für Lehrerinnen und Lehrer mit voller Ausbildung,



# Orientierung für Schüler und Eltern

Berufskolleg für Technik berät am 11. Februar

**LÜDENSCHIED** ■ Die passgenaue und zielorientierte Unterstützung bei der Frage, welche Schulform zu wem passt, steht im Mittelpunkt des Beratungstages im Berufskolleg für Technik, der am Samstag, 11. Februar, von 9 bis 13 Uhr am Rathelplatz stattfindet. Treffpunkt ist die Pausenhalle im Block D. „Wir wollen Jugendliche und Eltern aufklären über unsere Angebotspalette“, sagen Schulleiter Werner Lemmert

und Alexander Radday, Koordinator des Beruflichen Gymnasiums. „Der Orientierungsbedarf ist hoch“, wissen beide. Ein kurzer Überblick:

- **Berufsorientierung:** Wer noch keinen Abschluss hat, kann hier den Hauptschulabschluss Klasse 9 erwerben.

- **Berufsgrundschuljahr (Metall, Elektro, Kfz, Bau/Holz, Versorgungstechnik):** Hier bietet sich die Möglichkeit, den Berufswunsch auszuloten. Praktika in Patenbe-

trieben sorgen für einen hohen „Klebeffekt“ in den Unternehmen, sagt Lemmert.

- **Einjährige Berufsfachschule für Technik (Metall- und Elektrotechnik):** der mittlere Schulabschluss mit Qualitätsvermerk für die Oberschule ist das Ziel der Ausbildung. „Diese Schüler gehen überwiegend in den Beruf“, erklärt Radday.

- **Zweijährige Höhere Berufsfachschule für Technik (Maschinen- und Automatisierungstechnik):** Hier kann die Fachoberschulreife erreicht werden, und zwar im Rahmen der dualen Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule.

- **Informationstechnische Assistenten:** Nach drei Jahren

und anschließender Prüfung bekommen alle die Fachhochschulreife und können studieren.

- Weitere Schulformen sind die Fachoberschule für Technik (Maschinen-, Elektro- und Bautechnik) und das Berufliche Gymnasium (Maschinenbau- und Elektrotechnik sowie Informatik).

- Inzwischen gibt es auch eine Fachklasse, in der Ausbildung und Studium miteinander verknüpft sind. 15 Verbundstudenten der Fachhochschule Südwestfalen arbeiten darin sehr praxisnah – „das sind die Führungskräfte von morgen“, betont Werner Lemmert. ■ my

03.02.2012

Lüdenschieder Nachrichten

# Sekundarschule genehmigt

Schulministerium gibt grünes Licht / Experte sieht den Beginn eines Booms

Von Volker Griese

**NACHRODT-WIBLINGWERDE** ■ Gerade noch rechtzeitig vor dem Beginn des Anmeldeverfahrens haben die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde und die Stadt Altena grünes Licht für ihre gemeinsame Sekundarschule erhalten. Das NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung hat dem Antrag gestern stattgegeben. Die Bezirksregierung wird den Genehmigungsbescheid in den nächsten Tagen zustellen.

Die Genehmigung wird unter der Voraussetzung erteilt, dass im Anmeldeverfahren, das am Freitag, 10. Februar, beginnt, genügend für die Gründung einer Sekundarschule angemeldet werden. Für die Errichtung sind mindestens drei Parallelklassen mit 25 Schülern pro Klasse erforderlich, also mindestens 75 Kinder insgesamt.

Nach dem im Juli vergange-

nen Jahres geschlossenen Schulkonsens hatte der Landtag im Oktober mit dem neuen Schulgesetz die Grundlage für die neue Schulform Sekundarschule geschaffen. Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge 5 bis 10 und bereitet Schüler wie bisher Haupt- und Realschulen auf die berufliche Ausbildung vor, schafft aber auch die Grundlage zur Erlangung der Hochschulreife. In der Sekundarschule lernen die Kinder und Jugendlichen mindestens in den Klassen fünf und sechs gemeinsam. Nachrodt-Wiblingwerde und Altena haben sich darauf verständigt, dass diese Jahrgänge in der bisherigen Albert-Schweitzer-Hauptschule am Holensiepen in Nachrodt unterrichtet werden sollen. Ab der 7. Jahrgangsstufe soll der Unterricht integriert mit Fachleistungsdifferenzierung in einzelnen Fächern erfolgen.

Die Sekundarschule verfügt nicht über eine eigene gymnasiale Oberstufe, sie geht aber eine verbindliche Kooperation mit der Oberstufe des Burggymnasiums ein. Damit soll sichergestellt werden, dass Eltern bei der Anmeldung genau wissen, wo ihr Kind bei entsprechenden schulischen Leistungen das Abitur machen kann.

Glaubt man dem Dortmunder Schulentwicklungsforscher Dr. Ernst Rösner, ist der spürbare Trend hin zu Sekundar- und Gesamtschulen erst der Anfang eines Booms. Er rechnet mit einer großen Welle von Schulgründungen zum Schuljahr 2013/2014. Die Probleme auf kommunaler Ebene zwingen die Städte und Gemeinde zum Handeln. Er denkt dabei insbesondere an das immer dramatischer sinkende Interesse an Hauptschulen. Rösner geht davon aus, dass die Reform im Länd-

lichen startet und auf die Städte übergreifen wird und glaubt, dass es in etwa drei Jahren in Nordrhein-Westfalen 500 bestehende, genehmigte und beantragte Sekundar- und Gesamtschulen geben wird. Der Hauptschule prophezeit der Bildungsforscher den Untergang weil sich die Eltern weiter von ihr abwendeten. Danach drohe der Realschule derselbe Prozess.

Das Schulministerium hat jetzt für insgesamt 50 Anträge auf Errichtung einer Sekundarschule grünes Licht gegeben. Dazu Schulministerin Sylvia Löhrmann: „Die große Zahl der Anträge zeigt, wie überfällig der Schulkonsens von SPD, CDU und Grünen war. Er hat den Weg bereitet für eine zukunftsfeste Schulentwicklung vor Ort. Jetzt sind die Eltern am Zug.“

## Land NRW genehmigt Sekundarschule

**Altena/Nachrodt-Wiblingwerde.** Die interkommunale Sekundarschule ist genehmigt. Das hat gestern das NRW-Schulministerium be-

kannt gegeben. Jetzt sind als letzte Hürde nur noch die Anmeldetage zu nehmen: Bis zum 15. Februar müssen 75 Kinder verbindlich für die neue Einrichtung angemeldet werden. Damit die Eltern wissen, wie die neue Schule aussieht, laden die Partnerkommunen Altena und Nachrodt-Wiblingwerde am kommen-

den Samstag zum „Tag der offenen Tür“ zum Holensiepen nach Nachrodt ein. In dem bisherigen Hauptschul-Gebäude läuft die ersten zwei Jahre der Unterricht. Anschließend wechseln die Kinder in das Gebäude der heutigen Schirrmann-Realschule nach Altena. **Nachrodt-Wiblingwerde**

03.02.2012  
Altenaer Kreisblatt

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR** RUNDSCHAU  
Zeitung für Altena, Nachrodt-Wiblingwerde und das Lennetal



# Sekundarschule ist genehmigt

Morgen von 10 bis 12 Uhr Info-Tag für Schüler und Eltern in Hauptschule am Holensiepen

Klaus Schliek

**Nachrodt-Wiblingwerde/Altena.** „50 Anträge für Sekundarschulen genehmigt“, teilt das NRW-Schulministerium aktuell mit. Das Projekt für Altena und Nachrodt-Wiblingwerde gehört dazu. Schulministerin Sylvia Löhrmann: „Die Kommunen haben jetzt rechtzeitig vor Beginn des Anmeldeverfahrens die nötige Planungssicherheit.“

Zu dieser erfreulichen Nachricht passt der Info-Tag für die örtliche Sekundarschule. Die Veranstaltung für Altenaer und Nachrodt-Wiblingwerder Eltern findet morgen, 4. Februar, von 10 bis 12 Uhr in der Hauptschule am Holensiepen in Nachrodt statt.

Dort startet nach den Sommerferien der erste Sekundarschul-Jahrgang. Auch das 6. Schuljahr wird noch am Holensiepen unterrichtet. Die Folgejahrgänge nutzen dann das Gebäude der Realschule in Altena.

Dieser Zweipoligkeit gewinnt die kommissarische Schulleiterin Anne Rohde klare Vorteile ab: „Das Schulgebäude in Nachrodt ist ideal für den Aufenthalt im Ganztage

und bietet in geschützter Lage mit Turnhallen, Stadion und Hallenbad ideale Voraussetzungen für den erfolgreichen Start in der Sekundarschule“, so die Organisatorin.

Für die „Großen“ bietet später die Netter Schule den Vorteil der Nähe zum Gymnasium und den Partnern aus der Wirtschaft. Das ermöglicht die enge Verzahnung der schulischen und beruflichen Weiterbildung.

Der morgige Info-Tag richtet sich an Viertklässler und deren Eltern. „Grundsätzlich können natürlich alle am Thema Interessierten kommen; auch Eltern von Kindern, die jetzt erst im 3. Schuljahr sind“, lädt Anne Rohde ein. Präsentiert wird morgen das Profil der neuen Schule. Dazu gehört die optimale Förderung von Kindern mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Interesse. Schülerinnen und Schüler mit sprachlichen Neigungen erhalten vermehrt Unterricht in englischer Sprache.

## Vorstellung der Bildungsprofile

Bereiche wie Wirtschaftslehre, Hauswirtschaft und

Technik schaffen eine gute Grundlage für die spätere Berufswahl. Lehrer aller Schulformen gehen morgen anschaulich und informativ auf diese Bildungsprofile ein. So wird der bilinguale Zweig mit einem Anspiel in englischer Sprache vorgestellt.

Eltern und Kinder lernen die künftigen Klassenräume kennen. „Wir schaffen hier im Vergleich zu anderen Schulen viel Platz für die Schülerinnen und Schüler“, beschreibt Anne

Rohde ein großzügiges Raumkonzept. Dazu gehört die Änderung der Farbgestaltung, die im Rahmen der Renovierungs- und Umbauarbeiten geplant ist. Heller und freundlicher, so der Wunsch der kommissarischen Leiterin, soll das Schulhaus werden. Verpflegung in Form von frischen Waffeln und Getränken gibt es morgen in der Hauptschul-Mensa.

## INFO

### Anmeldung ab 10. Februar

- Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn und bereitet sowohl auf die berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vor.
- Weiterführende Abschlüsse werden in enger Kooperation mit Partnerschulen angestrebt - vor Ort mit dem Burggymnasium und dem Eugen-Schmalenbach-Kolleg.
- Die Anmeldetermine für die Sekundarschule: 10., 13., 14. und 15. Februar jeweils von 14 bis 18 Uhr; 11. Februar von 10 bis 13 Uhr in der Hauptschule Nachrodt und im Ratssaal des Altenaer Rathauses, oberer Eingang Bismarckstraße.
- Von den Eltern sind dazu mitzubringen: Geburtsurkunde oder Familienstammbuch; das Original des letzten Grundschulzeugnisses mit der Schulformempfehlung; alle Anmelde-scheine der Grundschule; Personalausweis.

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Altena, Nachrodt-Wiblingwerde und das Lennetal

## IM BLICKPUNKT

# NRW-Schulen in rasantem Wandel

50 neue Sekundarschulen dürfen starten

Von Detlef Burrichter

**DÜSSELDORF** ■ Der Schulandschaft in Nordrhein-Westfalen steht ein rasanter Wandel bevor. 50 Sekundarschulen und bis zu 21 neue Gesamtschulen könnten nachzeitigem Planungsstand zum neuen Schuljahr 2012/13 an den Start gehen. Doch noch sind einige Hürden zu nehmen.

Zum Beispiel müssen bei

dem Mitte Februar beginnenden Anmeldeverfahren genügend Kinder zusammenkommen. Für Sekundarschulen liegt die Mindestzahl bei 75 Kindern, für Gesamtschulen bei 100 Kindern. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) freut sich über die Dynamik, die die Einführung der neuen Schulform in ganz NRW ausgelöst hat: „Es hat

den Weg bereitet für eine zukunftsfeste Schulentwicklung vor Ort. Jetzt sind die Eltern am Zug.“

Auch die Lehrerverbände begrüßten die Entwicklung. „Damit werden längeres gemeinsames Lernen, mehr Chancengleichheit und mehr Bildungsgerechtigkeit möglich“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann. Er fordert, die Klassenmindestgröße nicht starr auf 25 Schüler festzuschreiben, sondern eine Über- oder Unterschreitung um bis zu zwei Schüler zuzulassen, um flexibel reagieren zu können. Außerdem müssten auch Hauptschullehrer

an den Sekundarschulen unterrichten dürfen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verlangt, dass Lehrkräfte an aufzulösenden Schulen Gelegenheit bekommen, sich an die neue Sekundarschule versetzen zu lassen. Auch seien Fortbildungsangebote für Lehrkräfte nötig, so Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Vor einem „massiven Verdrängungswettbewerb zwischen den Schulen“ warnte die FDP. Durch die Vielzahl der Sekundarschulen würden „vor allem funktionierende und von Eltern gewollte Realschulen zerschlagen und letztlich auch Gymnasien gefährdet“.

03.02.2012

Lüdenscheider Nachrichten



# Oestricher Schule - Vorbild für Inklusion

Lehrer aus ganz NRW informieren sich an Bartholomäusschule,

die gemeinsamen Unterricht seit 18 Jahren praktiziert

**OESTRICH.** (rau)

Die Bartholomäusschule wird zur „Pilgerstätte“ in Sachen Inklusion. Lehrer aus ganz NRW besuchen die Oestricher Grundschule, um sich zu informieren, wie der gemeinsame Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten funktionieren kann. Was in Zukunft auf alle Schulen zukommt, wird in Oestrich seit 18 Jahren erfolgreich praktiziert.

Grund genug für den Landtagsabgeordneten Michael Scheffler, sich an der Schule (seines Wohnorts) umzusehen. „Was hier geschieht, ist vorbildlich“, stellte Scheffler gestern am Ende eines Gesprächs mit Rektorin Barbara Metzger und Konrektorin Verena Heintz fest. Oestrich sei

„nah dran“ am Ideal.

Seit 1994 werden an der Bartholomäusschule Kinder mit Behinderungen aller Art gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet. „Die Erfahrungen damit sind höchst erfreulich“, wie Metzger unterstrich. Behinderte und Nichtbehinderte bereicherten sich gegenseitig mit ihren individuellen Stärken und Eigenschaften. Konrektorin Heintz nannte Beispiele: Ein behindertes Mädchen wehrte sich innerlich dagegen, sich vom Lehrer zeigen zu lassen, wie man einen Mantel oder eine Jacke zuknöpf. Im Miteinander mit den anderen Kindern aber lernte sie es fast auf spielerische Weise. In einem anderen Fall setzten sich Mitschüler vehement dafür ein, dass ein behindertes Kind nicht in eine andere Klasse versetzt wurde. Dieses Kind

förderte durch seine unkomplizierte Fröhlichkeit das Lernklima für alle.

„Der Lernerfolg und das Lerntempo der Nichtbehinderten werden durch den gemeinsamen Unterricht nicht beeinträchtigt“, räumte Metzger mit alten Vorurteilen auf. Das Gegenteil sei der Fall. Förderschulen würden durch die Inklusion nicht völlig überflüssig, aber weit mehr Kinder als bisher könnten und sollten in „normale“ Schulen aufgenommen werden.

Die allgemeine Einführung der Inklusion hat allerdings auch ihren Preis. Und die Oestricher Lehrerinnen und Lehrer wissen, was schwerpunktmäßig zu tun ist. Klassengröße mit bis zu 30 Schülern seien das größte Hindernis, setzte sich Barbara Metzger für klei-

nere Klassen und damit eine bessere Lehrerversorgung ein.

Scheffler notierte den Wunsch. Er versicherte, der „demografische Gewinn“, der sich aus schrumpfenden Schülerzahlen ergebe, werde für eine bessere Personalausstattung der Schulen genutzt. Ein weiteres Anliegen der Schulleitung aufgreifend, bekräftigte Scheffler, dass das Land selbstverständlich etwas tun werde, um Lehrer durch Fortbildungen auf die Inklusion vorzubereiten. An die Adresse der Schulträger und damit auch an die Stadt Iserlohn richtete Scheffler die Bitte, die Zuweisungen vom Land verstärkt für die Inklusion zu verwenden. So seien von der Rampe für Rollstuhlfahrer bis zu speziellen Räumen etliche Baumaßnahmen an den Schulen erforderlich.

03.02.2012

Iserlohnner Kreisanzeiger und Zeitung

## Fachklasse für Verbundstudenten

Berufskolleg für Technik stimmt eigenen Lernstoff mit Studieninhalten der FH Südwestfalen ab

**Eberhard Demtröder**

**Lüdenscheid.** Das Berufskolleg für Technik am Raitheiplatz hat sein Angebot nochmals erweitert: Nachdem das Berufliche Gymnasium seit nunmehr drei Jahren gut läuft, optimiert das BKT jetzt seine Lerninhalte ganz speziell für Verbundstudierende der Fachhochschule Südwestfalen.

Verbundstudium an der FH, bekanntlich demnächst auch in Lüdenscheid – das bedeutet: Studium in den Bereichen Kunststofftechnik, Maschinenbau, Wirtschaftsingenieur plus Ausbildung in Berufen wie Werkzeug-Mechaniker, Verfahrensmechaniker oder Technischer Produktdesigner. „Ziel ist es, unsere schulische Ausbildung mit den Studieninhalten der FH abzustimmen“, sagt Alexander Radday, am Kolleg Koordinator für das Berufliche Gymnasium. Die Nachfrage sei jedenfalls da, ergänzt Kolleg-Leiter Werner Lemmert: „Wir sind von null auf 15 gestartet.“

### Hoher Klebe-Effekt bei Ganzjahrespraktika

Heißt: Seit Sommer 2011 werden 15 Studierende der FH Südwestfalen in einer eigens eingerichteten Fachklasse des Kollegs gemeinsam betreut. Das Pensum ist hart: Vier Tage im Betrieb, samstags Präsenzstudium in der FH und freitags zehn Stunden Schule im Berufskolleg. Wer das schafft, ist gut für den Job vorbereitet. „Das können durchaus die Führungskräfte der Zukunft in den Unternehmen sein“, sagt Schulleiter Werner Lemmert. Und die Beschäftigung mit dem Ausbildungsvertrag in der Tasche in einem großen heimischen Unternehmen wie Phoenix Feinbau oder Kostal biete eben auch einen finanziellen Anreiz.

### INFO

#### Beratung vor Ort – Aktuelles im Internet

■ Das Berufskolleg für Technik informiert über sein Angebot am Samstag, 11. Februar, von 9 bis 13 Uhr. Treffpunkt für Schüler und Eltern ist die Pausenhalle in Block D des Kolleg-Gebäudes, Raitheiplatz 5.

■ Das Angebot fürs neue Schuljahr 2012/13 in der Übersicht: Berufliches Gymnasium, Fachoberschule für Technik, Informationstechnische Assistenten, Höhere Berufsschule für Technik (zwei Jah-

re), Berufsfachschule für Technik (ein Jahr), Berufsgrundschuljahr, Berufsorientierung.

■ Der neuer Internet-Auftritt des Kollegs ist unter [www.bkt-luedenscheid.de](http://www.bkt-luedenscheid.de) zu finden.

mert erklärt auch, warum: Nach der Krise vor ein paar Jahren laufe die deutsche Wirtschaft wieder – „deshalb geben die Unternehmen jetzt auch wieder vermehrt Hauptschülern die Chance zur dualen Ausbildung“.

Generell sei dank guter Beratung im Vorfeld die Abbrecher-Quote in allen Angeboten des Kollegs „sehr gering“, betont Schulleiter Lemmert. Und „auch noch innerhalb der ersten Wochen eines Schuljahrs“, fügt Koordinator Radday hinzu, könne für den ein oder anderen Schüler eine Beratung hilfreich sein – nämlich dann, wenn sich abzeichne, dass ein anderer Bildungsgang vielleicht besser zu ihm passe. „Im ersten Quartal ist ein Wechsel jedenfalls noch möglich“, so Radday.

03.02.2012

WESTFALISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Lüdenscheid

# Geld vom Land für Bauherrn

Zinsgünstige Darlehen werden vom Märkischen Kreis vergeben

**Lüdenscheid.** Das Land NRW hilft auch dieses Jahr Familien bei der Verwirklichung des Traumes von den eigenen vier Wänden durch die Vergabe zinsgünstiger Darlehen.

Beim Märkischen Kreis ist der Fachdienst Wohnungswesen und Elterngeld Bewilligungsbehörde für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die Eigenheimförderung ist einkommensabhängig und richtet sich an Haushalte mit Kindern und Schwerbehinderten in den unteren und mittleren Einkommensgruppen. Die Förderung ist für Neubauvorhaben wie auch den Erwerb bestehender Objekte be-

stimmt.

Die Höhe ist abhängig vom Kostenniveau der jeweiligen Stadt oder Gemeinde. Im Märkischen Kreis gehören die meisten Städte und Gemeinden zur Kostenkategorie 1 (niedriges Kostenniveau), lediglich die Städte Halver, Iserlohn und Lüdenscheid wurden in die Kostenkategorie 2 eingestuft. So kann eine Familie mit zwei Kindern für ein Neubauvorhaben in Neuenrade 60 000 Euro an zinsgünstigen Fördergeldern erhalten, in Lüdenscheid sind es 80 000 Euro. Neu ist ein Zusatzdarlehen von 10 000 Euro für die Errichtung barrierefreier Ob-

jekte.

## Kombimodell für Altobjekte

Interessant sind auch die Fördermöglichkeiten bei gebrauchten Objekten. Hier gibt es in der Regel 70 Prozent der Neubaudarlehen. Für ältere Objekte, die vor 1995 errichtet wurden und nicht die Bedingungen der Wärmeschutzverordnung 1995 erfüllen, gibt es das Kombimodell. Gefördert wird dieses Modell mit 80 Prozent der Neubaudarlehen. Allerdings müssen im Kombimodell Maßnahmen zur energetischen Modernisierung vorgenommen werden.

Seit einigen Jahren werden auch bauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren, z.B. durch den Einbau einer bodengleichen Dusche oder breiterer Türen gefördert. Darüber hinaus gibt es zinsgünstige Darlehen des Landes für Wärmedämmung, Einbau neuer Fenster und einer neuen Heizungsanlage.

Weitere Informationen zu den Förderangeboten sind beim Fachdienst Wohnungswesen und Elterngeld des Märkischen Kreises erhältlich unter der Telefonnummer 02351/966-6848 oder unter [www.maerkischer-kreis.de](http://www.maerkischer-kreis.de) (Planen, Bauen & Wohnen, Wohnungswesen) sowie unter [www.mbv.nrw.de](http://www.mbv.nrw.de) und [www.nrwbank.de](http://www.nrwbank.de).

pmk

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Lüdenscheid

# Front gegen Schieferhäuser

SPD und FDP gegen „Häuser der Kunst“ – Mehrheit spricht

sich für integriertes Modell mit Villa Wippermann aus

**Wolfgang Teipel**

**Halver.** Ob die Sparkasse die beiden Schieferhäuser behält (WR vom 2. Februar), oder ob sie in das Eigentum der Stadt übergehen oder eine gemeinnützige GmbH die Trägerschaft übernimmt, darüber wird der Rat am 13. Februar entscheiden. In seiner öffentlichen Sitzung am Mittwoch hat der Schul- und Kulturausschuss zunächst lediglich beschlossen, dass das „Integrierte Modell der Häuser der Kunst“ als Starterprojekt für die Regionale 2013 zum Zuge kommen soll. Dabei sollen die Häuser an der Frankfurter Straße sowie die Villa Wippermann zum einem sozio-kulturellen Zentrum ausgebaut werden.

## Seibert: Zu viel Geld für zwei Bruchbuden

Für das Träger- und Finanzierungskonzept liegen drei Varianten vor. Eine sieht vor, dass die Sparkasse die beiden Häuser behält und selbst umbaut. Mittel aus der Städtebauförderung könnten von der Stadt an das Kreditinstitut weitergeleitet werden. Über diesen Vorschlag hatte die WR gestern berichtet. Favorisiert wird jetzt aber ganz offensichtlich die Lösung, nach der die Stadt der Sparkasse die Gebäude abkaufen könnte. Träger der Häuser der Kunst (Schieferhäuser und Villa Wippermann) würde für 20 Jahre die Stadt Halver.

Bei den Beratungen in den Fachausschüssen bauen sich inzwischen klare Fronten auf. FDP und SPD lehnen insbesondere die Sanierung der Schieferhäuser ab. „Uns ist das Nutzungskonzept zu vage. Außerdem sind die Folgekosten enorm“, sagte Ingeborg Zensen für die SPD. FDP-Sprecher Christoph Seibert formu-

lierte es weitaus drastischer. Viele Teilaspekte der Regionalen-Planung seien sinnvoll. „Allerdings steckt man zu viel Geld in zwei Bruchbuden“, sagte er am Dienstag. Die Finanzierung für die Häuser der Kunst sei nicht schlüssig. „Schade, dass wir dieses Projekt nicht aus dem Konzept herausnehmen können.“ Es sei ein Widerspruch, dass die Stadt auf der einen Seite versuche, ihren Gebäudebestand zu verringern und auf der anderen Seite beabsichtige, zwei marode Häuser zu übernehmen.

Die UWG unterstützt das Startprojekt Häuser der Kunst ausdrücklich. „Es gibt keine

Alternative.“ Da der Abriss der denkmalgeschützten Schieferhäuser nicht möglich sei, bleibe nur Sanierung oder weiterer Verfall der Gebäude.

Da die Sanierung mit Mitteln aus der Städtebauförderung und der Sparkasse möglich sei und die Villa Wippermann integriert werde, habe sich die UWG für das Projekt entschieden. „Mit der Sanierung tun wir etwas für die Zukunft von Halver“, betonte Martina Hesse (CDU). Grünen-Sprecherin Regina Büchmann erklärte, es gebe keine andere Möglichkeit, als den Regionale-Prozess durch dieses Startprojekt voranzutreiben.

## INFO

### Das integrierte Modell

- Die Schieferhäuser könnten ein Café, Atelierräume mit Werkstatt und das Management für die „Art Volmetal“ aufnehmen. Aufgabe des Managements ist es, künstlerische Aktivitäten und Events in Schalksmühle,

Halver, Kierspe und Meinerzhagen zu verbinden.

- Die Villa Wippermann könnte unter anderem das Museum „Industrie entlang der Volme“ aufnehmen.

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Lüdenscheid



# Feueralarm auf der Burg eine Fehlzündung

Brandmelder im Museum sorgen immer häufiger für falschen Alarm

Carsten Neumann

**Altena** Gestern morgen schrillten die Alarmglocken auf der Burg Altena. Bereits zum zweiten Mal in dieser Woche brauste die Altenaer Feuerwehr die Fritz-Thomee-Straße hinauf, doch einen Brand gab es zum Glück nicht zu löschen: „Fehlalarm“.

„Derzeit wird überprüft, woran es gelegen hat“, erklärt Udo Winter, Leiter der Feuer- und Rettungswache. „Generell muss man aber sagen, dass die Anlage mittlerweile einfach in die Jahre gekommen ist.“ Über zwanzig Jahre hat die Brandmeldeanlage auf der Burg mittlerweile auf dem Buckel. Immer wieder erklangen auf der Burg in den letzten Jahren die Alarmglocken. „Über kurz oder lang ist da die Investition in eine neue Anlage drin-

gend notwendig“, bezieht Winter ganz klar Stellung.

## Die alten Gemäuer bereiten Probleme

Auch Hendrik Klein, Fachdienstleiter Öffentlichkeitsarbeit und Tourismus des Märkischen Kreises, kennt das Problem. Häufiger als in anderen Gebäuden des Kreises, wozu auch die Burg gehört, kommen Fehlalarmierungen auf der Burg vor, „aber für so alte Gemäuer ist dies nichts außergewöhnliches“, erklärt der Sprecher. Als Hauptursache machen die Verantwortlichen die Leitungen aus, denn an manchen Stellen ist nicht sicher, ob die Abstände zwischen den Alarmierungsleitungen und den normalen Leitungen stimmen. „Wir wissen teilweise nicht, wo die Leitun-

gen in den Wänden genau verlaufen“, so Klein. Derzeit überprüft das Gebäudemanagement des Kreises die Gegebenheiten auf der Burg, denn eine neue Anlage ist aktuell im Gespräch. „Es finden Kalkulationen statt, doch ein Problem bleibt: Niemand kann versprechen, ob die Probleme bei einer neuen Anlage nicht trotzdem weiterhin auftreten.“ Also kann es auch nach dem Einbau einer neuen Anlage weiterhin zum Fehlalarm kommen. „Es ist ein vielschichtiges Problem“, so Klein. „Wir können in einem denkmalgeschützten Gebäude nicht einfach die Wände aufreißen und Leitungen verlegen.“

Die Kostenfrage für die Einsätze der Feuerwehr stellt sich aktuell laut Winter noch nicht.

„Wir gehen davon aus, dass es sich um einen technischen Fehler handelt“, begründet der Feuerwehrleiter. Erklingt in den nächsten Tagen und Wochen der Alarm auf der Burg jedoch noch häufiger, dann kommt auch die Feuerwehr um eine Abrechnung der Kosten nicht mehr herum. „Generell stellen wir die Kosten in Rechnung, wenn aus Schludrigkeit der Alarm ausgelöst wird“, erläutert der Feuerwehrleiter.

## INFO

### Keine Bagatelle

- Die Stadt kann die Inhaber einer Immobilie auch nach einem Fehlalarm haftbar machen und Rechnungen verschicken.
- Schließlich rücken nicht nur hauptamtliche Mitarbeiter aus, sondern auch freiwillige Helfer verlassen überstürzt ihren Arbeitsplatz. Für diese muss die Stadt nachher in der Regel einen Verdienstausschlag zahlen. Jeder Fehlalarm ist deshalb ärgerlich.

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDschau**  
Zeitung für Altena, Nachrodt-Wiblinowende und das Lennetal

# Enormer Anstieg von Wohnungseinbrüchen

Kreispolizeibehörde startet fünfjährige Kampagne „Riegel vor! Sicher ist sicher!“ / Mehr Hinweise erbeten / Kostenlose technische Beratung

**MÄRKISCHER KREIS.** (stef) Es ist ein auf fünf Jahre angelegtes Projekt, an dem alle Direktionen beteiligt sind vom Beamten im Streifen-dienst über die Verkehrsüberwachung bis zur Abteilung Prävention und Beratung: Die Kreispolizeibehörde hat dem Wohnungseinbruch massiv den Kampf angesagt: „Riegel vor! Sicher ist sicher.“

Unter diesem Slogan will die Polizei landesweit offensiv und informativ gegen die dramatisch steigende Anzahl von Wohnungseinbrüchen vorgehen. Wie der Leiter des Leitungsstabes der Kreispolizeibehörde, Manfred Kurzawe, gestern während einer Pressekonferenz erklärte, ist die Anzahl der Taten von 281 im ersten Halbjahr 2010 um 35 Pro-

zent auf 380 Wohnungseinbrüche im ersten Halbjahr 2011 gestiegen. Insgesamt 41 Polizeibehörden in NRW melden diese alarmierende Entwicklung.

Um dieser gezielt und für einen langen Zeitraum entgegen wirken zu können, startet nun auch im Märkischen Kreis diese Öffentlichkeitskampagne. Besonders fehlender technischer Schutz und ein zu geringes Hinweisaufkommen seien die Ursache dafür, dass es immer mehr Gaunern leicht gemacht wird, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Vor allem die „Reisenden des Gewerbes“ sollen zum explosionsartigen Anstieg der Einbrüche geführt haben.

Nun setzt die Polizei auf den Bürger: „Wenn Sie nachts auffällige Geräusche hören oder Ihnen ein fremdes Auto in der

Nachbarschaft dubios vorkommt, rufen Sie uns an“, adressiert Manfred Kurzawe seinen Aufruf auch an die Leserinnen und Leser unserer Zeitung. Nur dann könne man schnell reagieren, hinfahren und nachsehen, ob alles in Ordnung ist. „Das hat mit Denunzieren nichts zu tun, wir haben noch nie jemanden allein aufgrund eines Anrufs verhaftet, da passen dann weitere Informationen dazu“, erklärt Polizeioberst Kurzawe.

Gleichzeitig wünscht sich die Polizei, dass sich mehr Bürger für die kostenlose Möglichkeit einer Beratung in Sachen technischer Sicherung ihrer Wohnung oder ihres Hauses entscheiden. Michael Schneider von der Abteilung Prävention ist hier der Ansprechpartner. Er weiß aus vieljähriger Erfahrung, mit welchen, oft simplen Tricks die Langfinger

03.02.2012

ans Werk gehen. Und dass es meist schon ausreicht, sie drei Minuten lang an Fenstern, Terrassen- und Haustüren beschäftigt zu halten, um aus einem Wohnungseinbruch, einen erfolglosen Einbruchversuch werden zu lassen. „Wenn der Anteil an Einbruchversuchen steigt, ist das schon ein positives Ergebnis.“

Den individuellen Möglichkeiten sind bei der Gebäudesicherung keine Grenzen gesetzt, vom einfachen Riegel bis zur Hightech-Anlage, die schon in die Bauplanung einfließt. „Selbstverständlich kostet das Geld, dafür ist unsere Beratung kostenlos und vor allem firmenunabhängig“, betont Michael Schneider, der zur Vereinbarung eines persönlichen Termins unter 02373/9099-0 oder kpo.maerkischer-kreis@polizei.nrw.de erreichbar ist.

Wirtschaftsanzeiger und Zeitung



# E-Zigaretten-Händler nach Erlass irritiert

„Schwebende Situation“ nach Verkaufsverbot für Nikotin-Liquids

Von Stefan Janke

**ISERLOHN.** „Wir werden auch weiterhin E-Zigaretten und Liquids anbieten“, sagt ein Verkäufer und gibt sich kämpferisch. In seinem Geschäft nehmen die elektronischen Nikotin-Verdampfer in Zigarettenoptik und die dazu gehörigen Flüssigkeiten einen immer größer werdenden Teil der Auslage ein. Die Dinger sind gefragt, nicht nur bei ihm sondern auch im Kiosk um die Ecke, im Einkaufszentrum oder „Raucherbedarfsladen“.

Vor möglichen Gesundheitsgefährdungen beim Genuss der E-Zigarette warnte jedoch der Fachbereich Gesundheitsdienste und Verbraucherschutz des Märkischen Kreises

bereits Mitte Dezember und wies die im Kreis bekannten Händler von Kartuschen, Kapseln und Patronen nikotinhaltingen Lösungen auf einen Erlass des Gesundheitsministeriums des Landes NRW hin. Und der besagt nach wie vor, dass es sich bei den nikotinhaltingen Liquids um Arzneimittel handelt und sie demnach dem Arzneimittelgesetz unterliegen. Nur wer eine arzneimittelrechtliche Zulassung besitzt, darf also laut des Erlasses diese Liquids verkaufen.

Die Realität sieht anders aus, der Markt und die Verbraucher sind irritiert. Trotz des Erlasses der Gesundheitsministerin können weiterhin problemlos E-Zigaretten in

der Waldstadt käuflich erworben werden. Samt Nikotinlösung in verschiedenen Stärken und geschmacklich variierender Liquids. „Wir befinden uns hier in einer schwebenden Situation“, erklärt Ursula Erkens; Sprecherin des Märkischen Kreises. Zur Zeit seien mehrere Verfahren an Verwaltungsgerichten zur rechtlichen Einordnung anhängig.

Gleichzeitig wird das von der Stadt Essen verhängte Verkaufsverbot von der dortigen Staatsanwaltschaft kritisch gesehen, meldet unser Online-Portal DerWesten. Die Rechtslage sei laut Oberstaatsanwalt Willi Kassenböhrer eine unsichere: „Ich weiß noch nicht, wie ich mit einer Anzeige um-

gehen würde.“ Kassenböhrer bezieht sich darauf, dass das Arzneimittelgesetz und das Strafrecht bundeseinheitlich sind. Ein Strafrecht der Länder gebe es nicht.

„Bis die Rechtslage eindeutig geklärt ist, und das kann bis zum Europäischen Gerichtshof gehen, werden wir uns bedeckt halten“, so Kreis-Sprecherin Ursula Erkens. Und bei der Leiterin des Iserlohner Ordnungsamtes, Angela Schunke, steht die Einhaltung des Erlasses nicht als Topthema auf der Agenda.

Bei den Händlern herrscht aber durch die Bank großer Informationsbedarf. Post vom Gesundheitsdienst wollen die meisten nicht erhalten haben. Und sie sehen die Gefahr, ein Produkt zu verlieren, das bei den Konsumenten offensichtlich gut ankommt. Mittlerweile sollen rund 1,2 Million Raucher in Deutschland zur E-Zigarette greifen.

03.02.2012

Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung

# Idee: Schientaxi statt Straßenbahn

Heute soll weiteres Vorgehen bei der Entwicklung besprochen werden

Rüdiger Kahlke

**Halver.** Konstruktion, Antrieb, Drehgestelle, Elektronik, Fahrweg – für jeden Bereich sind Zuständigkeiten aufgelistet. Zehn Unternehmen und Institutionen umfasst die Liste derer, die das Schientaxi in Halver bauen, testen und zur Marktreife führen wollen. Bis jetzt. Heute soll das weitere Vorgehen bei der Entwicklung des Schientaxis besprochen werden.

## Dortmunder H-Bahn macht es vor

Die H-Bahn, die die Uni-Keimzelle in Dortmund-Eichlinghofen mit dem Campus verbindet, dient dabei als Vorbild, so Friedrich-Wilhelm Kugel, Geschäftsführer der Schleifkottenbahn. Das gilt sowohl für die Technik (vollautomatischer Betrieb), als auch verkehrspolitisch (Anbindung an andere Verkehrssysteme). „Es geht darum, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass das, was die H-Bahn kann, unser Schientaxi auch kann.“ Ku-

gel erhofft sich von der Präsentation in Dortmund auch Rückenwind für das Projekt in Halver. Das wird offenbar auch mit veränderter Geschäftsführung angegangen.

In 16 Punkten von angewandtem Recht über Technik, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit bis zur Bewertung hat Ku-

gel Ähnlichkeiten und Parallelen beider Systeme aufgelistet.

Die H-Bahn in Dortmund fährt vollautomatisch. Sie kann somit als Vorbild für das geplante Schientaxi dienen, für das jetzt ein zweiter Versuchsträger gebaut werden soll. Aufgabenfelder dazu stehen nach dem heutigen Ortstermin in Dortmund auf der Tagesordnung eines Arbeitstreffens mit den Kooperationspartnern im Entwick-

lungszentrum in Kamen. Dabei geht es auch um technische Details und Zuständigkeiten für den Bau des zweiten Versuchsträgers. Der soll noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden, wie Kugel gestern auf WR-Anfrage bestätigte. Bis zum Sommer soll die Finanzierung stehen.

Dabei soll das Schientaxi nicht nur zwischen Halver und Brügge pendeln. Klaus Westensee, Sprecher der Schleifkottenbahn, und Kugel sehen es auch als Alternative zu Straßenbahnen. Hier könne sich „ein völlig neuer

Markt“ eröffnen. Argument: das Schientaxi ist preiswerter. Und: Es sind keine teuren Oberleitungen nötig.

*Wie das Schientaxi funktioniert und was es kann, will die Schleifkottenbahn am 24. Juni einer breiten Öffentlichkeit zeigen. Beim autofreien Sonntag im Volmetal können ausgewählte Gäste im Schientaxi mitfahren und die Strecke Halver – Oberbrügge aus neuem Blickwinkel kennenlernen. – Die WR verlost demnächst Karten für eine Testfahrt am 24. Juni.*

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR RUNDSCHAU**  
Zeitung für Lüdenscheid

## INFO

### Breite Einsatzmöglichkeiten

- Nach langer Auseinandersetzung mit Behörden gab es im Sommer 2011 „grünes Licht“ für den Betrieb der Bahnlinie zwischen Halver und Oberbrügge als private Teststrecke.
- Für einen Betrieb mit dem automatisch fahrenden Fahrzeug kommen laut Schleifkottenbahn viele nicht mehr genutzte Bahnstrecken infrage.
- Diese Regelung ermöglicht Versuchsfahrten.
- Notwendig sei eine rechtliche Anpassung an den Betrieb nach Straßenbahn-Ordnung.



# Historische Zugfahrten zum Jubiläum der Hönnetalbahn

Eisenbahnfreunde Hönnetal stellen Pläne vor / Bahnhof Neuenrade wird in Fest einbezogen

Von Uta Baumeister

## BALVE.

Ein Streckenfest mit Sonderfahrten historischer Züge und einem bunten Programm an den Bahnhöfen Neuenrade und Binolen soll unter dem Motto „100 Jahre Hönnetalbahn“ Höhepunkt des Jubiläumsjahres werden.

Am 1. April 1912 nahm die Hönnetalbahn ihren planmäßigen Betrieb auf. Genau 100 Jahre später wird dies am 1. April 2012 gebührend gefeiert. Zudem wollen die Eisenbahnfreunde Hönnetal (EFH) den runden Geburtstag mit weiteren Veranstaltungen würdigen. „Die Planungen zum Jubiläumsjahr laufen bereits seit 2010“, berichtete Johannes Schmoll, Vorsitzender der EFH, der im Rahmen der Jahreshauptversammlung im Restaurant Balver Höhle über das Jubiläumsprogramm informierte.

Alle Städte an der Strecke seien eingebunden, erklärte er. Vor allem freue er sich, dass erstmals Neuenrade am Endpunkt der Strecke als Mitveranstalter mit im Boot sei. Dort

werde am 1. April im Kulturschuppen am Bahnhof ein buntes Programm geboten. Neben einer Ausstellung und Musik werde dort die Modulanlage bis zum 4. April zu sehen sein, erläuterte Schmoll.

Ein besonderes Abenteuer sollen im Rahmen des Streckenfestes die historischen Zugfahrten von Fröndenberg bis Neuenrade werden. „Eingesetzt werden unser Schienenbus sowie zwei Dampfzüge. Der reguläre Zugverkehr wird durch Schienenersatzverkehr mit Bussen kompensiert“, sagte Schmoll weiter und betonte, dass Wert auf moderate Fahrpreise für Gäste ab 14 Jahre gelegt würde, Kinder tickets gebe es kostenlos. Für ein buntes Rahmenprogramm am Bahnhof Binolen Sorge während des Streckenfestes der Förderverein Kulturbahnhof. Erhältlich wird dann auch ein Jubiläums-T-Shirt sein, das Uwe Richter vorstellte.

Weitere Eckdaten zum Jubiläum sind der 15. März mit einem Vortrag über die Entstehung der Strecke, die Jubiläumsfahrt am 30. März, die Sonderfahrt am 19. Mai sowie

die Vereinsfahrt am 7. Juli. Alle Termine und der Sonderfahrplan für den 1. April können auf der Internetseite [www.100-jahre-hoennetal-](http://www.100-jahre-hoennetal-)

„Für den Kulturbahnhof wird es durch den Güterschuppen eine interessante Entwicklung geben.“

Johannes Schmoll

bahn.de eingesehen werden.

Dass die EFH mit ihren etwa 430 Mitgliedern, davon 40 neue Mitglieder, ein lebendiger Verein sind, bestätigte Johannes Schmoll in seinem Tätigkeitsbericht. Vor allem hob er die gute Jugendarbeit, den Weiterbau der Modulanlage und die guten Kontakte bezüglich der Verkehrspolitik hervor. Sein Dank galt den Mitgliedern für ihr Engagement. Der Neubau des Güterschuppens am Bahnhof Binolen mache gute Fortschritte, berichtete Schmoll. Die Eröffnung sei für September vorgesehen.

„Ich betonte aber, dass der Güterschuppen kein Bestandteil unseres Vereins ist, sondern des Eigentümers des Kulturbahnhofs Binolen“, sagte er. Wohl aber könnten die Eisenbahnfreunde die Halle nutzen. „Für den Kulturbahnhof wird es durch den Güterschuppen eine interessante Entwicklung geben.“

Im Rahmen der Vorstandswahlen ergaben sich kaum personelle Veränderungen. In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende Johannes Schmoll, der Stellvertreter Guido Kaiser, der Kassierer Hans-Peter Jung, der Schriftführer Klaus Krekeler, der Pressesprecher Burkhard Wendel, der Vereinsheimverwalter Klaus Reiners sowie die Beisitzer Markus Hüsken, Gerd Humme und Alfons Blumenkamp. Für den ausscheidenden Hans Hartmann rückte Daniel Friedrich nach, der nun auch die neue Position des Jugendstprechers besetzt.

Über eine Auszeichnung für 25-jährige Mitgliedschaft freuten sich Heinz-Rüdiger Lenk, Dr. Dietmar Schröder, Reinhold Schriek, Markus Horvatic und Manfred Horvatic.

## Fischer kritisiert parallele Baustelle

SPD-Landtagsabgeordneten um Hilfe gebeten

Von Matthias Clever

**SCHALKSMÜHLE** ■ In Kürze steht die Vollsperrung der Klagebachstraße an – wie berichtet werden Versorgungs- und Abwasserleitungen ab Mitte März ausgetauscht. Zeitgleich zu dieser Baustelle, soll die Ödentaler Landstraße für fünf Monate von Straßen NRW für Baumaßnahmen gesperrt werden.

Der UWG-Ratschherr Erhard Fischer hat nun seinen Un-

mut über diese parallelen Baustellen in einem Brief an den heimischen SPD-Landtagsabgeordneten Gordan Dudas formuliert.

„Diese Baumaßnahme (Klagebach) ist schon seit drei Jahren bekannt, und durch die Baumaßnahme Linneper Mühle – Stadt Lüdenscheid – B54 in 2011, Bauzeit circa sechs Monate, in Abstimmung mit dem Baulasträger Straßen NRW, verschoben worden, da aus verkehrstech-

nischer Überlegung eine Vollsperrung der Klagebachstraße zu diesem Zeitpunkt zu einem totalen Verkehrschaos geführt hätte“, heißt es in dem Brief.

Dass nun parallel zur Kalge eine Vollsperrung der Ödentaler Landstraße für fünf Monate von Straßen NRW geplant sei, stoße auf „große Verständnislosigkeit“, da das Ödental eine mögliche Ausweichstrecke gewesen wäre.

In dem Schreiben bittet Fischer den SPD-Politiker, „Rücksprache mit Straßen NRW zu halten, ob diese Baumaßnahme ab dem 1. Juli eingrichtet werden könnte“.

Auf Anfrage unserer Zeitung erklärte Gordan Dudas, dass er die Problematik sehe und es sich um eine „äußerst

bedauerliche Überschneidung“ handele. Doch: „Straßen NRW hat den Auftrag vergeben. Daher ist eine Verschiebung der Bauarbeiten nicht möglich.“

Auch die Gemeinde Schalksmühle könne nicht den anvisierten Termin verschieben. Obwohl der Auftrag für die Klagebachstraße noch nicht vergeben sei, habe es eine Vielzahl von logistischen Arbeiten gegeben.

„Die Busfahrpläne mussten umgestellt und die Anwohner und Unternehmen informiert werden – daher gibt es keine andere Wahl, als beide Baustellen parallel laufen zu lassen“, erklärte Gordan Dudas.

03.02.2012

Lüdenscheider Nachrichten

03.02.2012  
 WESTFALENPOST  
 Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

# Neue Idee, alte Kennzeichen

Entscheidung über Zulassung liegt nun bei den Kreisverwaltungen – und die haben wenig Interesse

Heinz Krischer

**Düsseldorf.** Das nordrhein-westfälische Verkehrsministerium hat alle ehemaligen Kreisstädte aufgefordert, bis Ende März zu erklären, ob sie ihre alten Kfz-Kennzeichen wieder einführen wollen. Im Bundesrat soll im April eine Verordnung beschlossen werden, die alte Nummernschilder wieder ermöglicht. Doch die Initiative könnte ins Leere laufen, weil diejenigen Stellen über die Vergabe entscheiden sollen, die bisher den stärksten Widerstand leisteten.

Mindestens 20 von 40 betroffenen Städten in NRW wollen ihre alten Kennzeichen wiederhaben. Jetzt sollen die Kommunen förmlich beim Land ihren Wunsch erklären, berichtete eine Sprecherin von Verkehrsminister Harry K. Voigtsberger auf Anfrage unserer Zeitung. So wolle man sich einen Überblick für die im Bundesrat anstehende Abstimmung verschaffen.

**»Eine Rückkehr in alte Zeiten bedeutet mehr Bürokratie«**

Hatte sich das nordrhein-westfälische Verkehrsministerium lange gegen die Wiedereinführung gesperrt, so will man jetzt der Initiative zumindest „nicht im Wege stehen“, wie es Ministeriums-Sprecherin Mirjam Grotjahn formuliert – schließlich habe man erfahren, dass das Bedürfnis der Menschen offenbar „sehr groß“ ist.

Nach Umfragen der Heilbronner „Initiative Kennzeichenliberalisierung“ wünschen sich 73 Prozent der Bürger in den früheren Kreisstädten die Rückkehr zu ihren alten Nummernschildern am Auto. Die Bürger sehen dadurch ihre Heimatverbundenheit besser ausgedrückt als mit den eher kryptischen Kürzeln, die nach der kommunalen Gebietsreform Mitte bis Ende der 70er Jahre eingeführt wurden. Die Städte versprechen sich einen Imagegewinn, wenn

ihre Kürzel wieder auf den Autobahnen „Werbung“ für sie fahren. So wollen Arnberg und Brilon im Hochsauerlandkreis (HSK) ihr „AR“ bzw. „BRI“ wiederhaben, im Märkischen Kreis (MK) gibt es Wünsche aus Altena (AL) und Iserlohn (IS), in Castrop-Rauxel würden dann neben RE-Kennzeichen auch wieder CAS-Nummernschilder zu sehen sein, in Moers neben WES auch MO.

Doch ob es nach einer Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung auch tatsächlich wieder die alten Schilder gibt, steht zu bezweifeln: Denn „maßgeblich für die Entscheidung über die Wiedereinführung ist die Aussage der jeweiligen Straßenverkehrsbehörde“, sagt das Ministerium. Und dort gibt es in der Regel wenig Neigung, das kreiseinheitliche Auftreten auf dem Nummernschild aufzuweichen. So spricht sich der Landrat des Hochsauerlandkreises, Karl Schneider, vehement gegen ein Abrücken vom HSK aus: Das einheitliche Nummernschild unterstreiche die Zu-

sammenghörigkeit im Hochsauerlandkreis, meint er. Abstimmen würde letztlich der Kreistag. Und Schneiders Kollege aus dem Märkischen, Thomas Gemke, sagt: „Ich persönlich halte ein Kennzeichen für den Märkischen Kreis für völlig ausreichend.“

Der Landkreistag, Dachorganisation der NRW-Kreise, wendet sich ebenfalls gegen die „nostalgische Kleinstaaterei“. Präsident Hans Jörg Duppré: „Eine Rückkehr in die Zeit vor den Gebietsreformen der letzten Jahrzehnte bedeutet mehr Verwaltungsaufwand und Bürokratie.“

Zustimmung immerhin gibt es im Kreis Siegen-Wittgenstein. Dort will Berleburg das Kennzeichen BLB wiederhaben. Landrat Paul Breuer stellte sich mit seiner Kreisverwaltung jetzt hinter die Initiative.

Im Fall einer Blockade der alten Kfz-Kennzeichen durch die Kreise wären die Städte trotz neuer Rechtslage die Verlierer. „Dann bleibt denen nur, Überzeugungsarbeit zu leisten“, sagt die Sprecherin des NRW-Verkehrsministeriums.

03.02.2012

WESTFÄLISCHE  
**WR** RUNDSCHAU  
Zeitung für Lüdenscheid

## Sauerlandpark: Guter Start für die neue XXL-Dauerkarte

Mit knapp 1000 Dauerkarten zurzeit auf Vorjahresniveau: Sonderpreis noch bis Monatsende

**HEMER.** (rd)

Bereits drei Monate vor dem Beginn der Saison kann der Sauerlandpark den ersten Erfolg des Jahres vermelden. Knapp 1000 Dauerkarten wurden bisher verkauft, damit liegt diese Zahl zu Jahresbeginn nur knapp unter dem Wert des Vorjahres.

Und auch der Zuspruch zur neu eingeführten Dauerkarte XXL ist positiv: Weit mehr als 400 Käufer haben sich frühzeitig für die Dauerkarte entschieden, die deutlich „mehr WERT“ ist. Die Dauerkarte XXL ist noch bis zum 29. Feb-

ruar preiswerter erhältlich.

„Das zeigt uns, dass wir viele ganz besondere Fans des Sauerlandparks haben“, stellt Park-Geschäftsführer Guido Forsting beim Blick auf die Verkaufszahlen fest. „Mit der Dauerkarte XXL können wir all denjenigen, die den Park und seine Möglichkeiten besonders nutzen oder einfach Geld sparen wollen, einen richtig guten Service anbieten.“ Diese neue Dauerkarte kostet für Einzelpersonen 59 Euro statt 25 Euro und für Familien 110 Euro statt 30 Euro für die normale Dauerkarte.

Noch bis Ende Februar ist

die Dauerkarte XXL ermäßigt für 50 Euro für Einzelpersonen und 100 Euro für Familien im Ticketshop des Sauerlandparks erhältlich. Forsting: „Die Vorteile können sich aus unserer Sicht aber mehr als sehen lassen. Und wir werden auch während des Jahres immer wieder besondere Rabattaktionen für unsere treuen XXL-Karteninhaber anbieten.“

Mit der Dauerkarte XXL können alle Parkveranstaltungen genossen werden, so der Soundgarten Winter, der Garten- und Ambientmarkt vom 13. bis 15. April, die S'Ourland-Veranstaltung (28. April), -Festamia (17. bis 20. Mai).

Fußball-EM-Public-Viewing (8. Juni bis 1. Juli – alle Deutschland-Spiele) und der Lichtgarten (2. bis 21. Oktober).

Zusätzliche Vorteile der Dauerkarte XXL sind beispielsweise eine Eintrittskarte der Iserlohn Roosters / Stehplatz für ein Spiel nach Wahl in der Saison 2012/2013 (pro Einzel-Dauerkarte XXL 1 Ticket / für Familien-Dauerkarten XXL werden 2 Roosters-Tickets ausgehändigt), ein besonderer Zugang zum Open-Air-Gelände, ein gemeinsamer exklusiver Grillabend im Park sowie Verlosungen und weitere Rabatte.

03.02.2012 **IFerlohner Kreisanzeiger und Zeitung**



# Truhe gibt Geheimnis preis

300 Jahre altes Bürgermeister-Möbel von Museumstechnikern geöffnet / Verblüfft

Von Johannes Bonnekoh

**ALTENA -** Seit gestern früh, 9.40 Uhr, ist das Geheimnis der historischen Truhe, die seit vielen Jahrzehnten im Bürgermeisterzimmer steht, öffentlich gelüftet. Wie berichtet, ließ sich das schwere, eisen beschlagene Möbel nicht öffnen, weil nur ein mächtiger, handgeschmiedeter Schlüssel, aber zwei schwere Schlösser daran vorhanden waren (AK berichtete).

„Und?“ – habe er gefragt. „Und, was ist drin?“ – Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein machte gestern in der Werkstatt auf der Burg Altena keinen Hehl daraus, dass er dem Anruf der Museumstechniker Andreas Gerstendorf und Ralf Jellema schon ein bisschen entgegen gefiebert habe. Doch die große Überraschung oder Sensation blieb aus: In der Truhe befand sich nichts – außer einer schwarzen, schweren Decke. „In Anlehnung an ein Sprichwort

könnte man sagen, da lag nur ein Hundefell drin“, flachste Ralf Jellema.

Der Tüftler hatte sich zunächst den schweren, gut 250 Gramm wiegenden noch überlieferten Schlüssel mit den sechs handgefeilten Bärten angesehen. „Dann haben der Kollege und ich beide Schlösser geölt und uns Gedanken gemacht.“ Ihre Idee: Fertigen wir doch einfach mal eine Art Rohling an, so einen Schlüssel oder Vierkant, wie er auch zum Umliegen von Parksperren benötigt wird für das Schloss vorne an der Kiste. Gesagt getan – eingeführt, den großen Schlüssel rund 30 Zentimeter tief versenkt, gedreht, etwas Kraft angewandt und die Truhe ächzte und stöhnte – und ließ sich öffnen.

„Was liegt da wohl drin?“, sei ihnen durch den Kopf gegangen. Denn beim Anheben an der Truhe gab es schon Ge-

räusche. „Vielleicht eine Schatzkarte? Vielleicht der Hinweis auf vergrabene Goldbarren?“ – doch nichts dergleichen verbarg der Innenraum der mehr als 100 Pfund schweren hölzernen Kiste. „Wieder nichts mit Sondermitteln zum Tilgen des Stärkungspaktes“, flachste Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein. Er hatte das Möbel von seinem Vorgänger übernommen und in seinen 13 Amtsjahren „schon ziemlich oft und viel versucht, es mit Hilfe von Fachleuten öffnen zu lassen. Selbst Kinder haben wir dran gelassen. Die sind ja meist sehr kreativ.“

Stefan Sensen, Leiter der Museen der Burg Altena, hatte dem Verwaltungschef angeboten, die Schlösser in der Burgwerkstatt begutachten zu lassen. Er schätzte gestern, dass es sich um eine Arbeit aus dem 17. Jahrhundert handelt. Hollstein mutmaßte daraufhin, „die hat bestimmt

noch den Stadtbrand von 1702 überstanden.“

Hatte er das besondere Verhältnis bisher noch als Indiz angesehen, dass schon vor hunderten von Jahren in einem Magistrat das so genannte Vier-Augen-Prinzip – also zwei Personen haben je getrennte Schlüssel für ein Verhältnis – gegolten habe, nahm er das gestern zurück. „Auf diese Fake mit dem Schloss, das gar keines ist, muss man erst mal kommen.“ Hollstein kündigte an, hier jetzt nur Dinge aufzubewahren, die ihm wichtig seien.

Und Minuten später trat die um ihr Geheimnis beraubte Kiste dann mit Hilfe von Nico Koslowski und Klaus Hensel vom Baubetriebshof ihren Weg zurück ins Chefzimmer im Rathaus an. Ein Blickfang bleibt sie da auf jeden Fall – wie in der Vergangenheit!

03.02.2012

Altenaer Kreisblatt

# Eltern fühlen sich übergangen

Schließung der Kita Krümelburg sorgt für Unmut / Verwaltung zu Gesprächen bereit

Von David Schröder

**NEUENRADE -** Mit der Schließung des Kindergartens Krümelburg 2013 und der Einrichtung einer neuen Gruppe im katholischen Kindergarten Küntrop haben Rat und Verwaltung aus ihrer Sicht die bestmögliche Lösung zu Geburtenrückgang und Raumnot der Gemeinschaftsschule gefunden. Die Eltern aus dem Stadtzentrum haben dafür allerdings kein Verständnis und fühlen sich bei der Entscheidung übergangen.

„Das hieß basta und fertig“, sagt Rebecca Schörnig aus dem Elternbeirat der Krümelburg. „Es gibt einige Eltern, die sich bewusst gegen einen Konfessionskindergarten entschieden haben“, betont Schörnig weiter und kritisiert damit die Lösung mit der katholischen Einrichtung in Küntrop. Vor allem Kinder

mit Migrationshintergrund würden wahrscheinlich nicht nach Küntrop wechseln, glaubt die Mutter zweier Kindergartenkinder. „Die brauchen vor allem eine zentrale Kita in der Stadtmitte.“ Das führt sie auch zum Problem mit der Entfernung zum Stadtzentrum. „Viele Eltern sind nicht mobil“, sagt Schörnig und führt weiter aus, dass sie sich von der Verwaltung Lösungen via Bürgerbus oder Fahrgemeinschaften gewünscht hätte.

Genau diese Lösungen kann die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht anbieten. „Wir wissen ja noch gar nichts zum Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/14“, erklärt Kämmerer Gerhard Schumacher. Für die „emotionale Sichtweise“ der Eltern hat Schumacher Verständnis: „Die denken ja vor allem an das Wohl ihrer Kin-

der.“ Der Stadtkämmerer wies auf SV-Nachfrage allerdings nochmal auf die Lage der Verwaltung hin. So brauche die Gemeinschaftsschule aufgrund der Dreizügigkeit die Räumlichkeiten auf der Niederheide. Auch den zurückgehenden Geburtenzahlen müsse Rechnung getragen werden. „Wir haben das abgewogen – natürlich auch unter finanziellen Gesichtspunkten“, betont Schumacher. Auf Wunsch stünde die Verwaltung aber zu Gesprächen mit dem Elternbeirat zur Verfügung.

Einen Einblick in die Planungen hätten sich die Eltern schon früher gewünscht. „Der Anmelderückgang kommt doch durch die seit zwei Jahren gärende Gerüchteküche zustande“, glaubt Rebecca Schörnig. Genau aus diesem Grund habe sich die Stadt jetzt entschieden, die

Planungen zu veröffentlichen, sagt dazu Schumacher: „In der Kürze der Zeit war es nicht möglich die Eltern zu beteiligen.“

Diese „vollendeten Tatsachen“ ärgern jetzt die Eltern der Krümelburg. „Wir sind kein Stück mit einbezogen worden. Das geht gar nicht“, sagt Schörnig. Sie macht sich zudem Sorgen um die Erzieherinnen der städtischen Kindertagesstätte. Die derzeitige Leiterin der Krümelburg würde laut Verwaltung als Gruppenleiterin nach Küntrop wechseln. Aussagen über die anderen Erzieherinnen gibt es noch nicht.

Schörnig rechnet damit, dass viele Eltern jetzt schon Kinder von der Krümelburg abmelden. „Eine Abmeldung haben wir ganz sicher schon.“ Das müsse die Stadt leider in Kauf nehmen, sagte dazu Gerhard Schumacher.

03.02.2012

Süderländer Volksfreund



Märkischer Kreis

# Regionalbahn als anonyme Informationsbörse

14. Folge: Im Stundentakt von Lüdenscheid nach Dortmund mit der Volmebahn / Handys zählen zu den wichtigsten Reiseaccessoires

Von Bernd Eiber

**LÜDENSCHIED** • Das klingt wirklich verlockend, was die junge Frau da vor hat. Hähnchenragout in Currysauce soll es geben, mit Baguette und Salat, dazu wahlweise einen Weiß- oder Rotwein. Leider weiß sie noch nicht, ob auch alle vier eingeladenen Gäste kommen können, bedauert sie im Telefonat und klappt das Handy zu. Eigentlich eine prima Gelegenheit, der Hobby-Köchin auf die Schulter zu klopfen, ihr eine Visitenkarte in die Hand zu drücken und sich als Gast der Reserve anzubieten. Wäre schließlich schade um Hähnchen und Wein.

Belauschen muss man solche Gespräche wirklich nicht, denn der Zug, in diesem Fall die Volmetalbahn auf dem Weg von Lüdenscheid nach Dortmund, ist immer eine Informationsbörse – ob man will oder nicht. Schräg gegenüber der Köchin geht's – natürlich wieder per Handy – um Familienplanung. Die junge Frau ist in der zwölften Woche schwanger und richtet unüberhörbar das Kinderzimmer, wahlweise in Blau oder Rosa, ein. Kurz hinter dem Halt Schalksmühle kommt es zu einem Bruch im akustischen Entertainment. Der junge Mann auf der Nebenbank, bekleidet mit Turnschuhen, Jeans mit Schritt in Kniehöhe und Mütze, spricht in Rätseln: es geht um mathematische Formeln für seinen Bachelor-Studiengang.

Da sich hier nichts Erhellendes anbahnt, bleibt nur der Stellungswechsel zum Lokführer. Harald Köppikus aus Werl fährt regelmäßig zwi-

schen Kreisstadt und Oberzentrum, im Bahnjargon wird die Strecke kurz RB 52 genannt. Mehr als 100 Kilometer pro Stunde fährt der Triebwagen auf der eingleisigen Verbindung zwar nicht, aber dafür beschädigt die Gegend: „Entlang der Volme ist es richtig schön.“ Das Angebot im Stundentakt wissen auch die Fahrgäste zu schätzen: Pendler, Schüler, Studenten, Klassenausflüge in den Dortmunder Tierpark oder zur Lüdenscheider Phänomenta, direkt vis-à-vis des Haltepunktes der Bahn (der Bahnhof lässt noch auf sich warten) sowie Einkaufsfahrten in die Revierstadt. Den preiswerten Zugtrip mit dem Seniorenticket wissen auch Monika und Adolf Radke aus Lüdenscheid zu schätzen, die sich mit Urenkelin Cecilia (5) zum neuen Einkaufszentrum, der Thier-Galerie, aufmachten. „Mit der Bahn ist's viel bequemer als mit dem Auto. Und jetzt müssen wir nicht mehr ins Centro nach Oberhausen fahren.“

Allerdings steigen auch sie wie viele andere erst in Rummenohl ein, wenn sie in Rich-

tung Dortmund fahren wollen. Zwei unterschiedliche Tarife, den des Verkehrsverbundes Ruhr-Lippe (VRL) und den des preiswerteren Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) ab Rummenohl, ärgert die Kunden schon seit Jahren. Auf Änderungen hin zur Vergünstigung dürfen die Bahnkunden nicht hoffen. Eher wird das VRR-Ticket teurer, wissen die Tarifexperten. Trotzdem: „Die Strecke ist gut frequentiert“, so Köppikus.

Nicht ganz so ruhig und beschaulich gehe es zu, wenn die Borussen-Fans an den Samstags-Heimspielen reisten. Gravierendes sei aber nicht vorgefallen. Auch Radfahrer zählten zu den besonderen Spezies, wenn sie gleich in Gruppen in den Wagen einfielen.

Manchmal reicht aber auch schon ein einzelner, um unter Fahrgästen Verwirrung zu stiften. Zu ihnen zählt Manfred Schnier. Seit mehr als 40 Jahren ist er bei der Bahn und kontrolliert die Fahrscheine. Wer beim Anblick des Uniformierten auf die Toiletten flüchtet, fährt mit fast hundertprozentiger Sicherheit

schwarz. 40 Euro sind ohne gültiges Ticket fällig. „Für einige ist das noch viel zu wenig“, so Schnier. Vor allem, wenn minderjährige Schnösel auch noch pampig werden, könne er „aus der Haut fahren“. Dieses Bedürfnis ist auf der Volmetalstrecke aber eher selten. Auf anderen Strecken kommt das schon häufiger vor. „Ich übe meinen Beruf dennoch sehr gerne aus.“

## Volmetal-Bahn

Die Volmetal-Bahn - kurz RB 52 – ist eine etwa 57 Kilometer lange Strecke zwischen Lüdenscheid und Dortmund. Von montags bis freitags startet der erste Zug in der Kreisstadt um 5.06 Uhr, der letzte fährt um 21.06 Uhr nach Dortmund ab. An Freitagen und an Feiertagen setzt die Bahn noch zwei Züge um 22.36 und 23.36 Uhr bis Hagen ein. Für die Fahrt bis zum Hagener Hauptbahnhof benötigt die Regionalbahn 41 Minuten, Dortmund erreicht der Triebwagen nach rund einer Stunde und 20 Minuten. Die einfache Fahrt von Lüdenscheid nach Dortmund kostet am Automaten 10,90 Euro, im Reisebüro Gaede 8,15 Euro – die zwei Tarife werden gesplittet..



Der Pressespiegel erscheint werktäglich. Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des jeweiligen Autors oder Publikationsorgans. Eine Wertung durch den Märkischen Kreis ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden regelmäßig ausgewertet:

### Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger  
Altenaer Kreisblatt  
BILD-Zeitung  
Iserlohner Kreisanzeiger  
Lüdenscheider Nachrichten  
Meinerzhagener Zeitung  
Süderländer Tagesblatt  
Süderländer Volksfreund

Westfälische Rundschau Iserlohn/Hemer  
Westfälische Rundschau Lennetal  
Westfälische Rundschau Lüdenscheid  
Westfalenpost Hagen  
Westfalenpost Menden

03.02.2012  
Lüdenscheider Nachrichten

